



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

38. Sitzung (öffentlich)

5. September 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD) (Vorsitzender)
Bernhard Tenhumberg (CDU) (stellv. Vorsitzender)

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss kommt überein, den Punkt „Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen“ von der Tagesordnung abzusetzen. Diese Änderung und das Vorziehen der Anhörung zum Kurortegesetz vor andere Punkte führen zu einer veränderten Reihenfolge und damit zu einer neuen Nummerierung.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

Vorlage 14/1220 (Erläuterungsband)

In Verbindung mit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 – 2011

Drucksache 14/4601

- Einführungsbericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Haushaltsgesetz 2008, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Einzelplan 11)

Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) berichtet. - Die Generalaussprache über den Einführungsbericht des Ministers wird aus Zeitgründen auf den 10. Oktober 2007 verschoben. Die Einzelberatung ist für den 10. Oktober 2007 und 31. Oktober 2007 vorgesehen. Am 7. November 2007 soll die Haushaltsberatung 2008 in einer außerplanmäßigen Sitzung abgeschlossen werden.

2 **Gesetz zur Novellierung des Kurortgesetzes sowie zur Aufhebung der Kurortverordnung und der Erholungsortverordnung und zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Kurortgesetz – KOG NRW)**

24

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4298

- Zuziehung von Sachverständigen gemäß § 56 Abs. 1 GeschO LT

Institution	Redner	Stellungnahme/Zuschrift	Seite
Nordrhein-Westfälischer Heilbäderverband e. V.	Rolf von Bloh	Stellungnahme 14/1445	24, 30, 36
Gesundheitsagentur NRW GmbH	Hans-Joachim Bädorf	-	25, 31, 32, 37
	Hans Georg Kluge, StS a. D., Richter OVG a. D.	Stellungnahme 14/1444	26, 32, 38
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW	Dr. Wolfgang Honsdorf, Bürgermeister der Stadt Bad Salzuflen	-	27, 33, 39
Kurverwaltung Bad Fredeburg	Thomas Weber	Zuschrift 14/1022	28, 34, 39

- 3 Verordnung über die Fusion der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand in Nordrhein-Westfalen** 40
- Vorlage 14/1145
Anhörung des Ausschusses
- MDgt Ullrich Kinstner (MAGS) berichtet. - Der Ausschuss wird angehört.
- 4 Transparenz schafft Vertrauen – Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie erfordert konsequente Vorbereitung und Folgekostenabschätzung** 43
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4249
– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)
- Der Ausschuss kommt überein, den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4249 ohne Votum an den federführenden Hauptausschuss weiterzuleiten.
- 5 „Älter werden – aktiv bleiben“ – Potenziale älterer Menschen erkennen und aktivieren** 44
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/4243
– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)
- Der Ausschuss kommt überein, den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/4243 ohne Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration weiterzuleiten.

6 Hochschulmedizingesetz (HMG)

46

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4837
– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss kommt mehrheitlich überein, sich an der vom federführenden Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie am 11. Oktober 2007 durchzuführenden öffentlichen Anhörung von Sachverständigen nachrichtlich zu beteiligen.

7 Gesetz zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes in Nordrhein-Westfalen

47

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4834

Zuschrift 14/1045

In Verbindung mit:

Passivraucherschutzgesetz (PSG NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3673

Ausschussprotokoll 14/425

Stellungnahmen und Zuschriften vgl. Ausschussprotokoll 14/425

– Aussprache zur öffentlichen Anhörung vom 18. Mai 2007

– Verfahrensabsprache

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung soll eine Anhörung durchgeführt werden (*31. Oktober 2007, 14 bis 16 Uhr*).

8 Angebote zum „Flatrate-Saufen“ unterbinden

48

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4026
Vorlage 14/1149

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/4026 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

9 Verbesserung des Impfschutzes in Nordrhein-Westfalen verbindlich gesetzlich regeln

52

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4350

– Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4350 soll im Beratungsgang bleiben, derzeit aber nicht zur Abstimmung stehen, da zunächst die Beratungen zum KiBiz abgewartet werden sollen.

10 Langzeitarbeitslosigkeit und Niedriglohnsektor in NRW: Möglichkeiten eines sozialen Arbeitsmarktes nutzen – Modell eines „Bonus für Arbeit“ erproben

53

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4250

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4250 wird für erledigt erklärt. - Die in der Sitzung angesprochenen Themen „Mehraufwand- und Entgeltvarianten bei Ein-Euro-Jobs“ und „Aufstocker beim ALG II“ sollen in einem gesonderten Punkt auf die Tagesordnung gesetzt und gemeinsam mit Frau Schönefeld von der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion NRW, erörtert werden.

Seite

**11 Finanzierung und Leistungsangebot der Arbeitslosenzentren und
-beratungsstellen sichern 57**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4866

Zum Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4866 soll eine Anhö-
rung durchgeführt werden (*Januar 2008*).

12 Verschiedenes 59

6 Hochschulmedizingesetz (HMG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4837

– Verfahrensabsprache

Stellv. Vorsitzender Bernhard Tenhumberg weist darauf hin, dass dieser Gesetzentwurf nach erster Lesung am 24. August 2007 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie überwiesen worden sei. Dieser wolle am Donnerstag, dem 11. Oktober 2007, ab 14 Uhr eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchführen. Der mitberatende AGS-Ausschuss müsse nun eine Klärung herbeiführen, in welcher Art er sich an dieser öffentlichen Anhörung beteiligen wolle.

Barbara Steffens (GRÜNE) spricht sich für eine Pflichtsitzung aus und begründet dies damit, dass es zumindest hinsichtlich der Zusammensetzung der Vorstände, der verpflichtenden Teilnahme der Pflegedirektoren, Parallelen zu dem vom AGS-Ausschuss zu beratenden Krankenhausgestaltungsgesetz gebe.

Nach Meinung von **Rudolf Henke (CDU)** muss diese Anhörung nicht unbedingt als Pflichtsitzung des AGS-Ausschusses angesehen werden. In früheren Zeiten habe man eine Einladung bekommen und sei dann in die Anhörung gegangen, wenn man sich für den dort beratenden Teil interessiert habe. Eine Pflichtsitzung wäre angebracht, wenn eine Diskussion darüber stattfinden würde, ob die Universitätskliniken ihren Charakter als solche verlieren sollten, da sich der Ausschuss dann mit den Konsequenzen für die Maximalversorgung befassen müsste. Die Pflegedirektoren der Universitätskliniken hätten jedoch bereits in der Anhörung des AGS-Ausschusses ihr Votum abgegeben und würden dieses in der neuen Anhörung sicher nicht fundamental ändern. Zumindest wäre es eine große Überraschung, wenn es plötzlich hieße, es solle beim Entwurf des Hochschulmedizingesetzes bleiben. Dann wäre einem allerdings auch etwas entgangen. Das Risiko müsse jeder selber tragen.

Auch ihre Fraktion, so **Heike Gebhard (SPD)**, könnte sich mit einer nachrichtlichen Beteiligung anfreunden. Die an gesundheitspolitischen Fragestellungen Interessierten würden sich diese Anhörung ohnehin nicht entgehen lassen, da die Unikliniken als Maximalversorger einen besonderen Stellenwert in der Versorgungslandschaft hätten, sodass sicherlich auch Fragen über die Pflegedirektoren hinaus eine Rolle spielten. Die Beteiligung müsse aber nicht formell gemacht werden.

Der **Ausschuss** kommt mehrheitlich überein, sich an der vom federführenden Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie am 11. Oktober 2007 durchzuführenden öffentlichen Anhörung von Sachverständigen nachrichtlich zu beteiligen.

